Südschleswigscher Wählerverband

SSW

Pressemitteilung
Kiel, 01.10.2003

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

SSW weist Kritik des CDU-Spitzenkandidaten zurück

Die SSW-Landesvorsitzende, Gerda Eichhorn, weist Vorwürfe des CDU-Spitzenkandidaten zurück, der SSW würde sich in Kiel lediglich als rot-grüne Stütze betätigen:

Es ist enttäuschend, dass Peter-Harry Carstensen sich offensichtlich nicht viel gründlicher mit der Politik des SSW beschäftigt hat, als einstmals Volker Rühe. Sonst hätte er bemerkt, dass er dumm Tüch redet. Der SSW ist mit keiner Partei verheiratet. Wir sind niemandem verpflichtet - außer unseren Wählerinnen und Wählern.

Der SSW unterstützt natürlich alle guten Vorschläge, die von der CDU kommen. Wenn Herr Carstensen mehr Zuneigung vom SSW bekommen möchte, dann sollte er sich dafür einsetzen, dass die CDU im Landtag eine vernünftige Politik macht. Wir werden uns aber nicht auf das Spiel der CDU einlassen, alles zu kritisieren, nur weil es von der Regierung kommt. Der SSW setzt sich mit allen politischen Vorschlägen der anderen Parteien sachlich auseinander und entscheidet dann, was wir unterstützen können. Das haben wir in der Vergangenheit bewiesen und das wollen wir auch zukünftig so halten.

Vollkommen Unsinnig ist der Vorwurf, der SSW würde zu freundlich mit der Politik der rot-grünen Bundesregierung umgehen. Der SSW ist im Moment pausenlos dabei - im Landtag, auf dem Parteitag, in Pressemitteilungen, bei Gesprächen und auf Veranstaltungen -, die Reformen aus Berlin zu

SSW IM LANDTAG

kritisieren. Wenn der Spitzenkandidat der CDU das nicht mitbekommt, dann muss die Frage erlaubt sein, ob Herr Carstensen mit seinen vielen Ämtern überfordert ist.

Der CDU-Spitzenkandidat zur Landtagswahl 2005, Peter-Harry-Carstensen, hat dem SSW in einem Interview in Flensborg Avis am 1.10.2003 eine unzerbrechliche Allianz mit der rot-grünen Politik in Kiel und Berlin vorgeworfen.